

Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 124 | Okt – Dez | 2007

Leitartikel

Die Strukturfonds: Ein Instrument für den sozialen Wandel

Die Strukturfonds können den NRO wichtige Möglichkeiten zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bieten.. Die europäischen Verordnungen für die finanzielle Perspektive 2007-2013 sind so gestaltet, dass eine Beteiligung der NRO an der Umsetzung relevanter Programme für ausgegrenzte Gruppen und Gemeinschaften erleichtert wird.

Das EAPN glaubt, dass der nächste Planungszeitraum NRO als vollständige soziale Partner anerkennen wird, die an der Armutsbekämpfung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene beteiligt sind. Zu bedenken ist, dass 78 Millionen Menschen in der EU in Armut leben. Die Strukturfonds haben schon einiges bewirkt und sollten dies auch weiterhin tun. Es gibt zahlreiche relevante Maßnahmen, und zwar über den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE).

Das EAPN wird sich für die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren einsetzen, um sicherzustellen, dass NRO, die mit oder für benachteiligte Gruppen tätig sind, Zugang zu den Strukturfonds haben, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und sozialen Ausgrenzung bieten. Der neue Planungszeitraum bringt uns auch zahlreiche Herausforderungen – eine davon ist der Wegfall von EQUAL. Wir müssen daher durch EQUAL gelernte Lektionen einbringen, um unsere Aktivitäten für benachteiligte Gruppen zu verstärken.

Die NRO mit ihrer vielfältigen Mischung aus Fertigkeiten, Wissen und Erfahrungen dürfen sich auf die zahlreichen Möglichkeiten im Rahmen der neuen Verordnungen freuen. Die Strukturfonds waren nie auf Geld beschränkt. Sie waren stets ein Instrument für den sozialen Wandel. Die Strukturfonds bieten eine Möglichkeit für die Entwicklung neuer Umsetzungsmodelle, neuer Prioritäten, neuer Methoden und für die Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Claudia Taylor East – EAPN-Malta
Vorsitzende der EAPN-Task Force Strukturfonds



DIE EINGLIEDERUNG IN DEN STRUKTURFONDS 2007-2013

INHALT

Ein integrativer Arbeitsmarkt

- Strukturfonds 2007-2013: Haben sie eine Auswirkung auf den Kampf gegen Ausgrenzung? 2
- Nützliche Links 2
- Wie sieht es mit Kleinstkrediten aus? 3
- Zugang der NRO zu den Fonds: Eine wacklige Entwicklung oder wackeln Fundamente? 5
- Die transnationale Dimension und die soziale Eingliederung: Wichtige Kanäle für soziale NRO? 5
- Die Strukturfonds in der Praxis: Zwei unterschiedliche Erfahrungen ... 6
- Welche Projektarten können unterstützt werden? 7
- Gibt es ein Leben nach EQUAL? Interview mit der Europäischen Kommission 8
- EQUAL ... 8

Nachrichten aus der Slowakischen Republik

- Die soziale Situation in der Slowakischen Republik: Die höchste Arbeitslosenquote in der EU der 27 Mitgliedstaaten 9
- Im Blickpunkt: Das slowakische Netzwerk gegen Armut: Konferenz zu Obdachlosigkeit deckt auf, dass in den meisten slowakischen Städten grundlegende Dienste für Obdachlose fehlen 10
- Impressum 11

Nützliche Links

- EAPN-Handbuch zu den Strukturfonds (2006)
http://www.eapn.org/code/en/publ_detail.asp?pk_id_content=1748

Institutionen

- Info regio-Website
http://ec.europa.eu/regional_policy/index_en.htm

- Liste der Verwaltungsbehörden
http://ec.europa.eu/regional_policy/manage/authority/authority_en.cfm

- **Länderspezifische Informationsblätter (country fact sheets)**
http://ec.europa.eu/regional_policy/atlas2007/fiche_index_en.htm

- Strukturfondsverordnungen
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/newregl0713_en.htm

- Europäischer Sozialfonds
http://ec.europa.eu/employment_social/esf/

- URBACT (Städte und ihre Stadtviertel)
http://urbact.eu/no_cache/home.html

- INTERREG (interregionale Zusammenarbeit)
<http://www.interreg4c.net/>

- JEREMIE (Mikrofinanzierung)
http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/jeremie_en.htm

DIE EINGLIEDERUNG IN DEN STRUKTURFONDS 2007-2013

Die Strukturfonds 2007-2013: Haben sie eine Auswirkung auf den Kampf gegen Ausgrenzung?

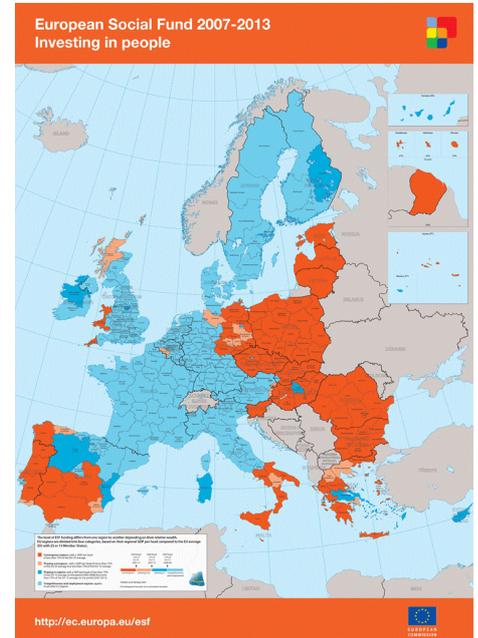
Die Strukturfonds werden häufig als die größte Erfolgsgeschichte der EU und als Instrument der Solidarität präsentiert und standen 2007 im Mittelpunkt der Feiern zum fünfzigsten Jahrestag der EU. Da der Planungszeitraum 2007-2013 jetzt aber in seine Einsatzphase tritt, ist es an der Zeit, sich nicht mehr selbst zu feiern, sondern aus der Vergangenheit zu lernen und die Strukturfonds zu einem besseren Instrument gegen Ausgrenzung zu machen.

Ein neuer Rahmen für die "EU-Erfolgsgeschichte".

Für den Zeitraum 2007-2013 wird der Kohäsionspolitik 35,7 % des gesamten EU-Haushaltes (347,4 Milliarden Euro) zugestanden und ihr Rahmen erfuhr wichtige Reformen, um Herausforderungen zu begegnen, die sich insbesondere aus der Erweiterung ergaben. Die neue Politik zielt auf einen strategischeren Ansatz ab, gewährt den Mitgliedstaaten mehr Autonomie und ist auf drei Hauptziele ausgerichtet:

- Konvergenz (81,5 % der Fonds sind auf Regionen ausgerichtet, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt);
- Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (16 %);
- Europäische territoriale Zusammenarbeit (2,5 %).

Diese Ziele sollen hauptsächlich durch den Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds erreicht werden (förderfähig sind hier Mitgliedstaaten, deren BVE weniger als 90 % des EU-Durchschnitts beträgt, wobei der Schwerpunkt jedoch auf Umwelt- und Verkehrsinfrastrukturen liegt). Zum ersten Mal wird auch eine starke Kohärenz



zwischen der Kohäsionspolitik und der Lissabonner Strategie verlangt, und mindestens 60 % der Fonds (in Konvergenz-Regionen; in Wettbewerbs-Regionen 75 %) müssen auf Bereiche gerichtet sein, die mit der Lissabonner Strategie zusammenhängen. In dieser Hinsicht wurden ebenfalls neue Finanzierungsinstrumente geschaffen, um die Zusammenarbeit mit den Finanzinstitutionen zu unterstützen (insbesondere JEREMIE bietet Hilfe für Kleinunternehmen sowie kleine und mittelgroße Unternehmen).

Nicht nur Straßen und Infrastrukturen: Ein Instrument zur Bekämpfung der Ausgrenzung

Der 1957 eingerichtete Europäische Sozialfonds konzentriert sich hauptsächlich auf Arbeitsmarktmaßnahmen und unterstützte Projekte, die Menschen wieder in die Arbeit bringen sollten (Schulungen, Beschäftigungsfähigkeit, lebenslanges Lernen) und gleichzeitig auch eine breitere Eingliederung und ein Empowerment ausgegrenzter Gruppen ermöglichen sollten (zu nennen sind hier kommunale Projekte und zielgerichtete

Sozialdienste). Die Beiträge des Europäischen Sozialfonds und insbesondere des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung gingen jedoch darüber hinaus, indem Unterstützung für die Kompetenzerweiterung sozialer NRO, für Initiativen der Sozialwirtschaft, integrative Unternehmensansätze sowie mit der sozialen Eingliederung verbundene Infrastrukturen geboten wurde.

Im Zeitraum 2007-2013 werden etwa 75 Milliarden Euro an die EU-Mitgliedstaaten und Regionen über den Europäischen Sozialfonds verteilt werden, der sich in Übereinstimmung mit der europäischen Beschäftigungsstrategie auf fünf Hauptthemen konzentriert:

- Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte;
- Zugang zu Beschäftigung sowie Eingliederung Arbeitsuchender und "inaktiver Personen";
- Soziale Eingliederung von benachteiligten Menschen (dies bezieht sich auch auf die Bereiche Bildung und Ausbildung, die Sozialwirtschaft, kommunale Dienste und Betreuungsdienste sowie den Kampf gegen Ausgrenzung am Arbeitsplatz);
- Entwicklung der Humanressourcen;
- Förderung der auf Partnerschaft basierenden Ansätze (einschließlich der Partnerschaft mit Sozialpartnern sowie mit NRO auf lokaler und europäischer Ebene).

Für Mitgliedstaaten im "Konvergenzbereich" (hauptsächlich jene, die 2004 oder später beitraten) besteht eine weitere Priorität, nämlich die Kompetenzerweiterung bei öffentlichen Diensten, Sozialpartnern und auch bei den NRO. Eine solche Gelegenheit zur Stärkung der Zivilgesellschaft sollte nicht verpasst werden, doch um effektiv zu sein, muss sie von spezifischen Ansätzen unterstützt werden, die in Partnerschaft mit dem dritten Sektor entwickelt wurden und auf die am meisten ausgegrenzten Gruppen ausgerichtet sind.

Wie die oben genannten Prioritäten zeigen, steht das Ziel des ESF klar in Einklang mit dem aktuellen Trend in Richtung "Wachstum- und Beschäftigungsansatz", bei dem die soziale Eingliederung anscheinend Wirtschafts- und Arbeitsmarktzielen untergeordnet wurde. Die Erfahrungen der EAPN-Mitglieder zeigen aber auch, dass es auf breiter Ebene positive

Entwicklungen gab: Die wichtigste Herausforderung für 2007-2013 besteht darin, auf solchen Schritten aufzubauen, damit die Fonds ihr volles Potenzial im Kampf gegen Ausgrenzung entfalten.

Herausforderungen für 2007-2013

Die meisten Programmplanungsdokumente sind bereits angenommen, und das EAPN ist daher besorgt, dass insbesondere im Bereich Eingliederung die Gelegenheit verpasst wird, aus vergangenen Programmen zu lernen.

Stärkere Investitionen in Maßnahmen zur sozialen Eingliederung - Die neue Kohäsionspolitik für 2007-2013 bekräftigt die Bedeutung der Dimension "soziale Eingliederung" in den Strukturfonds. Der Schwerpunkt auf Jobs, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum könnte jedoch einen eher ganzheitlichen Ansatz bei der sozio-ökonomischen Entwicklung behindern, der die tieferen Ursachen der Armut wirklich berücksichtigt. Die Fonds sollten dazu beitragen, dass die Ziele der offenen Methode der Koordinierung im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung erreicht werden; außerdem sollte es eine stärkere Kohärenz zwischen den beiden Prozessen geben.

Auf dem Prinzip der stärkeren Partnerschaft aufbauen - Zum ersten Mal erkennt Artikel 11 der Strukturfondsverordnung das Prinzip der Partnerschaft mit Organisationen der Zivilgesellschaft ausdrücklich an. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, im Rahmen des gesamten Strukturfondsprozesses Partnerschaften einzugehen. Die Qualität des Dialogs bei der Ausarbeitung der Programmplanungsdokumente fiel innerhalb der EU jedoch sehr unterschiedlich aus, und es deutet bisher wenig darauf hin, dass für die nächsten Stufen wirklich aus der Vergangenheit gelernt wurde.

Den richtigen Rahmen bieten, damit NRO Zugang zu den Fonds haben - Soziale NRO treffen beim Zugang zu den Strukturfonds immer noch auf große Hindernisse: Schwierigkeiten, die Fonds im Rahmen von Kleinstprojekten zu nutzen, finanzielle Erfordernisse, aber auch fehlende Informationen und fehlende Möglichkeiten für das Follow-up von

NRO

- European Disability Forum
http://www.edf-feph.org/Page_Generale.asp?DocID=13854&thebl oc=13858

- CECODHAS (soziale Wohnungswirtschaft)
<http://www.cecodhas.org/content/view/14/31/>

- Friends of the Earth/CEE Bankwatch
<http://www.foeeurope.org/billions/index.htm>

- World Wildlife Fund
http://www.panda.org/about_wwf/where_we_work/europe/what_we_do/epo/initiatives/regional_rural_dev/index.cfm

Wie sieht es mit Kleinstkrediten aus?

Im neuen Planungszeitraum wurden ebenfalls neue Finanzierungsinstrumente auf den Weg gebracht, die die Möglichkeit einer Kreditaufnahme beinhalten (und nicht nur Subventionen). JEREMIE (Joint European Resources for Micro to Medium Enterprises) ist besonders interessant. JEREMIE ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und des Europäischen Investitionsfonds, die auf einen besseren Finanzierungszugang für die Gründung kleinster bis mittlerer Unternehmen in den Regionen der EU abzielt. Zum Teil geht JEREMIE auf die Initiative "lokales soziales Kapital" zurück, die die Kommission 2001 durchführte.

JEREMIE ermöglicht allen 27 Mitgliedstaaten der EU und ihren Regionen, einen Teil ihrer EU-Strukturfondszuteilungen für die Unterstützung von Start-up-Unternehmen und Kleinunternehmen durch Darlehen, Kapital, Risikokapital und Bürgschaften zu nutzen (EFRE - Europäischer Fonds für Regionalentwicklung, Länderzuteilung für 2007-2013). Nationale und regionale Behörden müssen offiziell entscheiden, ob sie JEREMIE umsetzen wollen, da es sich bei diesem Instrument um keine Verpflichtung handelt, sondern um eine Option, die den Ländern und Regionen im Rahmen der Durchführung der EU-Strukturfonds 2007-2013 geboten wird.

Kleinstkredite sind eines der Instrumente, die im Rahmen eines nationalen/regionalen JEREMIE-Portfolios vorgesehen sind. Sie können genutzt werden, wenn die Lückenanalyse ein "Marktversagen" festgestellt hat und die Verwaltungsbehörde entsprechend entscheidet.

JEREMIE sollte auch Herzstück der neuen EU-Initiative zur Mikrofinanzierung sein, die jüngst von der Europäischen Kommission angekündigt wurde.

Elodie Fazi
EAPN, Verantwortl. Politik

Weitere Informationen finden Sie unter:
<http://www.eif.org/jeremie/index.htm>
und
http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/2007/jjj/jeremie_en.htm

Mitteilung der Europäischen Kommission über eine europäische Initiative zur Entwicklung von Kleinstkrediten
(http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2007/com2007_0708en01.pdf)

Projektanträgen. Es gibt Mechanismen, die ihnen beim Zugang zu den Fonds helfen sollen, insbesondere Schulungen und spezifische Finanzpläne. Doch obwohl diese Ansätze in der Strukturfondsverordnung genannt werden, wurden sie bisher nur in wenigen Mitgliedstaaten gefördert (zu nennen sind etwa das Vereinigte Königreich, Portugal, Ungarn, Malta, Spanien, Slowenien und Frankreich).

Ein echtes Nachfolgeprogramm für EQUAL - Das EQUAL-Programm gehörte zu den Erfolgsgeschichten der letzten Strukturfondsperiode. Es arbeitete auf Grundlage der sozialen Eingliederung, Innovation, Transnationalität, des Empowerment und eines Bottom-up-Ansatzes. Im neuen Planungszeitraum taucht EQUAL nicht mehr auf. Seine Grundsätze sollen zwar horizontal integriert werden, doch gibt es bisher keinen Hinweis darauf, dass ein solches Follow-up auch wirklich stattfinden wird. Spanien scheint zu den wenigen Ländern zu gehören, die diesem Thema große Aufmerksamkeit widmeten (mit einem spezifischen Aktionsprogramm für die Eingliederung ausgegrenzter Gruppen).

Was nun?

Zwar nähert sich die Planungsphase mit der Annahme von nationalen strategischen Referenzrahmen und Aktionsprogrammen ihrem Ende, doch sind die Strukturfonds nicht ein für allemal festgelegt: Es gibt noch viele Möglichkeiten zur Entwicklung von Projekten und einer innovativen Governance. Im Moment sollte der Förderung, Nutzung und Verbreitung bewährter Verfahren aus der gesamten EU-Priorität eingeräumt werden. Diese Verfahren sollten auch die NRO selbst besser kennen und nutzen; Gleiches gilt für Verwaltungs- und Begleitausschüsse.

Mittelfristig werden die laufende Konsultation über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik und auch die Zwischenbewertung der Strukturfonds wichtige Gelegenheiten sein, zu betonen, dass die Strukturfonds über die wirtschaftliche Konvergenz hinausgehend ein Instrument für einen größeren sozialen Zusammenhalt sein können. Ohne spezifische Bemühungen, Mittel und Strukturen auf lokaler und europäischer Ebene wird sich jedoch nichts bewegen.

Elodie Fazi
EAPN, Verantwortl. Politik

Die Generalversammlung (der Vereinten Nationen),

- über die Rolle von Kleinstkrediten bei der Beseitigung der Armut, ... anerkennend, dass Kleinstkreditprogramme Menschen in zahlreichen Ländern in der ganzen Welt erfolgreich geholfen haben, sich aus der Armut zu befreien, ...
- ferner im Hinblick darauf, dass die internationale Gemeinschaft im Zeitraum 1997-2006 die erste Dekade der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Armut begeht, ...
- erklärt das Jahr 2005 zum Internationalen Jahr der Kleinstkredite; ...
- 4. bittet alle an der Armutsbeseitigung beteiligten Stellen, weitere Massnahmen in Erwägung zu ziehen, namentlich die Stärkung bestehender und neuer Kleinstkreditinstitutionen und ihrer Kapazität, damit einer wachsenden Zahl von in Armut lebenden Menschen Kredite und damit verbundene Dienstleistungen zur Förderung einer selbständigen Erwerbstätigkeit sowie einkommenschaffender Aktivitäten zugänglich gemacht werden können, und bittet sie ausserdem, nach Bedarf andere Mikrofinanzierungsinstrumente weiterzuentwickeln; ...

91. Plenarsitzung
15. Dezember 1998

Zugang der NRO zu den Fonds: Eine wacklige Entwicklung oder wackeln Fundamente?

Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, kündigte jüngst an, dass das neue Strukturfondsprogramm 2007-2013 sechs Faktoren unterliegt: Regionale Flexibilität, Eigenverantwortlichkeit, Partnerschaft, Innovation, transnationale Kooperation und Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Was die Eigenverantwortlichkeit anbelangt, so betonte Vladimír Špidla die entscheidende Rolle der NRO bei der Einbeziehung der sozial und wirtschaftlich am stärksten benachteiligten Erwachsenen. Solche Organisationen seien das wichtigste Mittel, um sicherzustellen, dass die Menschen nicht nur Gegenstand, sondern treibende Kraft des sozialen Wandels sind. Betrachtet man aber die 27 EU-Mitgliedstaaten und die sich nur langsam entwickelnden Aktionsprogramme unter dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), stellt sich häufig eine Frustration ein, da klare Mechanismen für die vollständige Einbeziehung der NRO bei der Gestaltung und Umsetzung von Projekten fehlen.

Zur Zeit gibt es neben den gewöhnlichen Zugangswegen zu den Fonds, bei denen Anbieter aus allen Sektoren in offenem Wettbewerb stehen, drei besondere Zugangsmöglichkeiten für NRO: Globalzuschüsse, Kompetenzerweiterung und technische Unterstützung. Programme für kleine Zuschüsse, früher als "Globalzuschüsse" bekannt und nach dem Vorbild des ursprünglichen ESF-Pilotprojektes Lokales Soziales Kapital von 1997-1999 gestaltet, sind auch weiterhin im Programm 2007-2013 enthalten. Es gibt erste Hinweise, dass diese in Ungarn gestartet und im Vereinigten Königreich übernommen werden. In mehreren

Mitgliedstaaten wird zur Zeit diskutiert, den ESF auf kleine Anbieter auszurichten. In England wird z.B. ein neues zweistufiges System mit einer Finanzierung eingeführt, die zu 100 % für NRO reserviert ist: Das Kleinstprojekt Community Grants Programme mit Darlehen bis zu 1700 Euro pro Jahr und einem Zusatzprogramm unter der Hauptpriorität zur sozialen Eingliederung mit Darlehen bis zu 35000 Euro.

In den neu bestimmten Konvergenzbereichen sind Fonds für die Kompetenzerweiterung allgemein innerhalb der institutionellen Maßnahmen und der Governance-Maßnahmen erhältlich. Da diese Subventionen nicht unbedingt für NRO vorgesehen sind, stehen kommunale und gemeinnützige Projekte in Konkurrenz mit Geboten anderer Sektoren. Trotzdem ergreifen einige Regierungen die Initiative, um die Fonds auf NRO auszurichten. In Slowenien etwa engagiert sich die Regierung im Rahmen des Aktionsprogramms zur Entwicklung der Humanressourcen für die "qualitative Entwicklung des Nicht-regierungssektors".

NRO betreiben Lobbyarbeit, damit bei den Strukturfonds 2007-2013 die Fundamente wackeln.

Die allgemeine Situation der technischen Unterstützung bleibt recht unklar. Diese Finanzierungsart besteht in der Stärkung der Kompetenzen zur effektiven Umsetzung der ESF- und EFRE-Aktionsprogramme. Die technische Unterstützung konzentriert sich daher auf die Gestaltung, Umsetzung und Bewertung von Strukturfondsprojekten aus allen Sektoren.

Was die Ausrichtung der technischen Unterstützung anbelangt, so hat sich die Position der Europäischen Kommission nicht verändert: Die Vertreter planen keine Verteilung ausgerichteter Finanzierungen im Rahmen der technischen Unterstützung. Auf EU-Ebene gibt es zur Zeit jedoch interessante Diskussionen zwischen dem EAPN und der

Die transnationale Dimension und die soziale Eingliederung: Wichtige Kanäle für soziale NRO

Mit dem Wegfall von EQUAL wurde die transnationale Dimension ein Hauptanliegen sozialer NRO. Wir bieten unseren Leserinnen und Lesern einen Überblick über einige wichtige Kanäle, die die transnationale Dimension im Bereich soziale Eingliederung sicherstellen sollen.

Die transnationale Dimension im Rahmen des Europäischen Sozialfonds

Es obliegt hauptsächlich den Mitgliedstaaten, die Nachfolge von EQUAL sicherzustellen, indem sie die transnationale Dimension in die Prioritäten "soziale Eingliederung" der ESF-Aktionsprogramme integrieren. Zu diesem Zeitpunkt kann jedoch noch nicht gesagt werden, wie dies in der Praxis aussehen wird.

INTERREG IVC

Mit einem Strukturfonds-Beitrag in Höhe von 321 Millionen Euro bietet Interreg IVC einen Rahmen für den Erfahrungsaustausch zwischen regionalen und lokalen Institutionen aus verschiedenen Ländern. Es gibt zwei Prioritäten: Innovation und die Wissenswirtschaft sowie Umwelt und Risikovorbeugung.

Die soziale Eingliederung wird vor allem durch das Prisma von Beschäftigung und Humanressourcen gesehen, und zu den ermittelten potentiellen Projekten gehören die lokale Beschäftigungsentwicklung

und die Teilhabe diskriminierter Gruppen. Interreg IVC zielt hauptsächlich auf Regionen und lokale Behörden ab, doch können "private Einrichtungen" auf eigene Kosten an den Tätigkeiten teilnehmen oder sich an der Umsetzung bestimmter Aktivitäten beteiligen.

URBACT II

Mit einem Strukturfonds-Beitrag von 53 Millionen Euro bringt Urbact II Akteure der lokalen und regionalen Ebene zusammen, damit Erfahrungen ausgetauscht und Themen der Stadtpolitik kennengelernt werden können. Urbact unterstützt thematische Netzwerke und Arbeitsgruppen, Konferenzen und die Entwicklung von Instrumenten.

Die soziale Eingliederung wird über verschiedene Aspekte angegangen: Beschäftigung und Humanressourcen, Entwicklung benachteiligter Gebiete und sozialer Zusammenhalt.

Zwar werden NRO nicht als direkte Projektpartner anerkannt, doch sind sie wichtige Partner bei der integrierten Entwicklung benachteiligter Gebiete.

Kommission bezüglich der Frage, inwieweit diese Position überdacht werden kann.

Indessen sind die Fortschritte bei der technischen Unterstützung in den Mitgliedsstaaten auch nur recht langsam. Intensive Diskussionen zwischen der Regierung und NRO finden in den englischen Regionen statt, und NRO-Netzwerke berichten von ersten Erfolgen bei der Gewinnung von Mitteln aus der technischen Unterstützung in Malta, Portugal und Frankreich.

Zwar mag diese Entwicklung noch wacklig erscheinen, doch betreiben NRO-Akteure weiterhin Lobbyarbeit auf allen Ebenen und lassen die Fundamente des Strukturfondsprogramm 2007-2013 wackeln, dessen

Start von schönen Versprechungen zugunsten einer effektiven Partnerschaft zwischen allen Sektoren begleitet war.

Ray Phillips
Leiter des London Voluntary Sector
Training Consortium
(Ausbildungskonsortium des
gemeinnützigen Sektors)



Die Strukturfonds in der Praxis: Zwei unterschiedliche Erfahrungen ...

Beim Zugang zu den Strukturfonds sind die Erfahrungen von Land zu Land höchst unterschiedlich. Hier zwei Beispiele aus Portugal und Slowenien ...

Portugal : Eine stärkere Kompetenz der sozialen NRO

Das Projekt Acreditar - Agência de Consultoria Social wurde von EAPN-Portugal gemeinsam mit der Portugiesischen Katholischen Universität und der Bezirksunion von Organisationen der sozialen Solidarität im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL geleitet. Es wurde zwischen 2005 und 2007 durchgeführt und zielte auf die Förderung von Modellen und Strategien ab, die die Kompetenz von sozialen NRO stärken sollten, insbesondere in den Bereichen Qualitätsmanagement, strategische Planung und Nachhaltigkeit.

Zwölf Organisationen aus dem Kreis Porto nahmen an dem Projekt teil, das um vier Arten von Aktivitäten herum organisiert wurde:

- Ein Postgraduierten-Kurs zum "Management von Non-profit-Organisationen" - Offen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in ihren jeweiligen Organisationen für die strategische Entwicklung zuständig sind;
- Schulungskurse - Angepasst an die spezifischen Bedürfnisse der einzelnen Organisationen. Sie konzentrierten sich auf organisatorische und individuelle Kompetenzen sowie auf Gruppenkompetenzen;
- Arbeitsgruppen - Sie boten eine Möglichkeit für den Dialog und für das gegenseitige Lernen zwischen den verschiedenen NRO, die am Projekt teilnahmen;
- Unterstützung und Follow-up - Bei jeder unterstützten Organisation

wurde der Qualitätsentwicklungsprozess von einem Team genau verfolgt (soziale Qualifizierungsberatung).

Auf den Qualifizierungsprozess folgten verschiedene Phasen, um die Integration des im Rahmen des Projektes entwickelten Modells sicherzustellen. Durch die Schulungskurse und Arbeitsgruppen konnten insbesondere Richtlinien für die organisatorische Qualifikation entwickelt werden, die das Hauptergebnis des Projektes darstellen. Diese Richtlinien identifizieren dem Sektor angepasste Qualifikationsstrategien und Mechanismen und zeigen auch die Qualifizierungswege auf, die von den am Projekt teilnehmenden Organisationen eingeschlagen wurden.

Maria José Vicente
EAPN-Portugal



Slowenien: Wie lässt sich ein NRO-Plan für die Entwicklung des gemeinnützigen Sektors umsetzen, wenn die Vertreter des öffentlichen Sektors alles besser wissen?

Schwer zu sagen, ob es in Slowenien einen Nichtregierungssektor gibt. Wenn man davon ausgeht, dass ein solcher Sektor durch gemeinsame Programme/Instrumente und Dachorganisationen repräsentiert wird, so kann man nicht sagen, dass diese Art von Einrichtungen NRO in Slowenien zur Verfügung stehen, abgesehen von einigen Netzwerken, die hauptsächlich auf freiwilliger Basis und unter schwierigen Bedingungen arbeiten.

Vor diesem Hintergrund brachten im Februar 2007 die drei wichtigsten nationalen NRO-Netzwerke ihre Aktivitäten in Einklang, um über einen Expertenausschuss eine gemeinsame Entwicklungsstrategie auszu-

arbeiten. Ziel war, folgende Priorität innerhalb des Aktionsprogramms genauer zu definieren: "Förderung der Entwicklung von NRO sowie des zivilen und sozialen Dialogs im Zeitraum 2007-2013". Auf Grundlage der bereits in früheren Analysen festgestellten Bedürfnisse des Sektors und mit Projektentwürfen verschiedener NRO erarbeitete der Ausschuss den "Programmplan für den Zeitraum 2007-2013". Durch ihn sollte die Priorität genauer definiert und inhaltlich festgelegt werden, um das Ministerium für Öffentliche Verwaltung in seiner Funktion als Verwaltungsbehörde anzuleiten.

Leider erwiesen sich unsere anfänglichen Befürchtungen als berechtigt, da das Ministerium unseren Plan größtenteils ablehnte und nur einen kleinen Teil von ihm annahm. So muss sich unser Sektor fragen, ob überhaupt etwas gemacht werden kann. Offensichtlich weiß das Ministerium mehr über die Entwicklung des gemeinnützigen Sektors als der Sektor selbst.

Doch ist klar, dass einzig die NRO feststellen und definieren können, was unternommen werden muss, damit der Sektor besser funktioniert.

Robert Levicar
Agentur für Entwicklungsinitiativen



Welche Projektarten können unterstützt werden?

Wege zur Beschäftigung von Flüchtlingen, Einbeziehung von Eltern bei der Planung kommunaler Aktivitäten, innovative Dienste für Menschen mit Sehbehinderungen, Gesundheits- und IKT-Schulungen, Kompetenzerweiterung für kommunale Gruppen, Sommerprogramme für benachteiligte Jugendliche usw.

Dies sind nur einige wenige Beispiele, die zeigen, was die Strukturfonds im Kampf gegen Ausgrenzung geleistet haben. Weitere Projektbeispiele finden Sie auf folgenden Websites:

London Voluntary Sector Training Consortium, <http://www.lvstc.org.uk/>

Fast forward grants programme, umgesetzt in der Region London
<http://www.gle.co.uk/services/Programmes/FFG.htm?id=23>

Catalyst programme (East Midland, England)
<http://www.catalystfund.org.uk/index.htm>

Website der Stiftung Luis Vives (Spanien)
<http://www.fundacionluisvives.org/areas/pse/fse/index.html>

Strukturfonds-Schulungsprogramm für NRO im Bereich soziale Eingliederung (Malta)
<http://www.mrc.org.mt/page.asp?p=8680>

EQUAL ...

- war ein 6-Jahres-Programm (2001-2006)
- ...
- hatte eine Zuweisung von 3 Milliarden Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die in die Entwicklung des Arbeitsmarktes investiert wurde ...
- wurde durch mehr als 3000 Entwicklungspartnerschaften umgesetzt mit ...
- über 20000 Partnern und ...
- erreichte mehr als 1,5 Millionen Menschen in Europa.

Nach Vorbild vieler im Wettbewerb stehender Industrieunternehmen investierte der ESF 5 % in die Entwicklung und Erprobung neuer Produkte, Dienste und Produktionsprozesse; EQUAL war die Forschungs- und Entwicklungsabteilung des ESF.

Gerhard Bräunling,
Abteilungsleiter in der GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und zuständig für die Koordinierung aller Mainstreaming-Aktivitäten, die mit den EQUAL-Grundsätzen verbunden sind.



Gibt es ein Leben nach EQUAL? Interview mit der Europäischen Kommission

Das Ende des EQUAL-Programms wirft eine Reihe von Fragen für NRO im Bereich soziale Eingliederung auf. Für sie war EQUAL ein guter Katalysator, um bewährte Verfahren zu wichtigen Themen der Eingliederung auszutauschen. Fast ein Jahr nach Beginn des neuen Planungszeitraums bleibt immer noch die Angst, dass die aus EQUAL gelernten Lektionen verloren gehen könnten und bei der neuen Programmrunde nicht ausreichend berücksichtigt werden. Um zu erfahren, was in den nächsten Monaten zu erwarten ist, wandte sich das EAPN daher an Gerhard Bräunling, Abteilungsleiter in der GD Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und zuständig für die Koordinierung aller Mainstreaming-Aktivitäten, die mit den EQUAL-Grundsätzen verbunden sind.

F: Was sind die wichtigsten Lektionen, die aus dem jetzt endenden EQUAL-Programm beizubehalten sind?

A: EQUAL förderte Innovationen sowie neue Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik und bei der Umsetzung von Maßnahmen zur sozialen Eingliederung. Auf diese Weise trug EQUAL dazu bei, den Europäischen Sozialfonds (ESF) zu einem effektiveren, effizienten und wesentlichen Instrument für den Arbeitsmarkt und für die soziale Eingliederung zu machen. EQUAL räumte der Erforschung und Erprobung neuer Wege zur Förderung des Überganges zwischen Institutionen und Arbeitsumfeldern Priorität ein; zu nennen sind hier solide Brücken zwischen Bildung und Arbeit, Inaktivität und Arbeit, Haftanstalten und Arbeit, Migration und Arbeit sowie die Vereinbarkeit von Familie/Privatleben und Beruf und von Arbeit und lebenslangem Lernen.

Partnerschaft war ein Schlüsselement von EQUAL. Durch Partnerschaften wird es möglich, Menschen in Städten, Regionen und auf lokaler Ebene zu erreichen. Tatsächlich gibt es wenige bzw. gar keine Alternativen zu Partnerschaften, wenn es darum geht, lokale Akteure direkt einzubeziehen und über institutionelle Grenzen und Verantwortlichkeiten hinweg zu arbeiten.

F: Wie können wir sicherstellen, dass diese Lektionen nicht verloren gehen und dass die Grundsätze von EQUAL effizient in die neuen

Programme integriert werden?

A: Es gibt kein spezielles Programm, das EQUAL für 2007-2013 ersetzen soll. Die ESF-Verordnung fordert jedoch die Mitgliedstaaten und Regionen auf, die aus EQUAL gelernten Lektionen in die neuen ESF-Programme zu integrieren. Dies bezieht sich nicht nur auf bewährte Verfahren bei der Umsetzung integrativer Arbeitsmarktmaßnahmen, sondern auch auf eine gute Governance von Programmen, die sich auf Partnerschaft, transnationale Zusammenarbeit, innovative Maßnahmen und Gender Mainstreaming stützen muss.

F: EQUAL spielte eine wichtige Rolle bei der Beteiligung der NRO an den Strukturfonds. Wie können wir sicherstellen, dass das Ende von EQUAL nicht eine schwächere Partnerschaft als 2000-2006 bedeutet?

A: Auf Grundlage der Erfahrungen mit EQUAL sieht die ESF-Verordnung Verpflichtungen und Möglichkeiten vor, um Partnerschaftsvereinbarungen zu entwickeln und zu unterstützen:

- Auf Programmebene, insbesondere über die Partnerschaft im Rahmen der Programm-Überwachungsausschüsse und
- auf Projektebene durch Einbeziehung der sozialen Partner und durch eine angemessene Beteiligung der NRO.

F: Im Vergleich zum vergangenen Planungszeitraum fällt die Aufsichtsrolle der

Kommission bei den Strukturfonds kleiner aus. Wie sieht ihre allgemeine Verantwortung und die der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Nachfolge von EQUAL aus?

A: Während der Verhandlungen bestand die Rolle der Kommission darin, sicher zu stellen, dass der Ansatz von EQUAL und die aus EQUAL gelernten Lektionen in die neuen Programme aufgenommen werden. Die Kommission wird den Mitgliedstaaten und Regionen weiterhin Hilfe bieten, insbesondere, indem sie das gegenseitige Lernen fördert, bewährte Verfahren ermittelt und verbreitet und die transnationale und interregionale Zusammenarbeit unterstützt, z.B. durch den Austausch von Erfahrungen, Sensibilisierungsaktivitäten, Seminare, Networking und Peer Reviews.

Interview: Elodie Fazi



Nachrichten aus der SLOWAKISCHEN REPUBLIK



Die soziale Situation in der Slowakischen Republik: Die höchste Arbeitslosenquote in der EU der 27

Die slowakische Wirtschaft erfuhr unter dem kommunistischen Regime eine Massenindustrialisierung, wobei sich die Produktion am Markt der Sowjetunion orientierte. Der Zerfall der Sowjetunion 1991 ließ sie in eine tiefe Rezession abrutschen.

Verglichen mit seinem Stand von 1990 fiel das Bruttoinlandsprodukt 1993 um 23 %. Die Beschäftigung in der Industrie ging zwischen 1989 und 1994 um 24 % zurück, und die landwirtschaftliche Produktion wiederum fiel zwischen 1990 und 2000 um 43 %. Die Arbeitslosigkeit stieg von lediglich 1,5 % im Jahr 1990 auf 18-19 % im Jahr 1998 (um sich 2007 bei etwa 13 % einzupendeln).

Ländliche Bevölkerungsgruppen, insbesondere die Roma, traf es am härtesten. Das tägliche Pendeln zur Arbeit wurde durch die Streichung von Subventionen für öffentliche Verkehrsmittel erschwert, und der Baustopp beim staatlichen Wohnungsbau komplizierte den Umzug in die Städte aus beruflichen

Gründen. Im Jahr 2004 wurde die Arbeitslosigkeit unter der Roma-Minderheit auf 79,8 % geschätzt (verglichen mit einem nationalen Durchschnitt von 18,1 %).

Das in den 1990er-Jahren entwickelte Sozialschutzsystem, das eine Mindestrente, Arbeitslosenunterstützung, Unterstützungen für Familien und Sozialhilfeleistungen ("Existenzminimum") garantierte, wurde nach und nach ausgedünnt. Der Sozialschutz wurde das Hauptopfer im Kampf um die Stabilisierung der Staatsfinanzen. Der "großzügigen Sozialhilfe" wurde die Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit zugeschrieben, wobei unterstellt wurde, dass sie Leistungsempfänger davon

Der "großzügigen Sozialhilfe" wurde die Schuld an der hohen Arbeitslosigkeit zugeschrieben.

abhalte, Arbeit zu suchen. Vorurteile der Bevölkerung gegen die Roma wurden genutzt, um die Kürzungen zu "rechtfertigen".

Seit 2002 wird bedürftigen Menschen nicht mehr das Existenzminimum zugesichert. Geldleistungen werden nicht nach Größe der

Im Blickpunkt: Das slowakische Netzwerk gegen Armut

Das slowakische Netzwerk gegen Armut (SAPN) nahm seine informelle Arbeit 2004 auf, wurde jedoch erst Ende 2006 offiziell anerkannt. Auf der EAPN-Mitgliederversammlung 2007 in Budapest wurde es offizielles Mitglied des EAPN.

Das SAPN hat für den Kampf gegen Armut einen auf Menschenrechten basierenden Ansatz angenommen. Es unterstützt die Ziele und Aktivitäten des Europäischen Netzwerks gegen Armut und arbeitet auf Grundlage der Teilhabe, Partnerschaft und Solidarität.

Das SAPN ist zwar noch eine relativ junge Organisation, doch vereinigt es mehr als zwei Dutzend NRO mit großer Erfahrung bei der Sozialarbeit vor Ort und einem akademischen Hintergrund.

Das Netzwerk möchte die Kräfte von NRO und gemeinnützigen Gruppen auf effektivere Weise bündeln, damit der Kampf

gegen Armut, mit dem Schwerpunkt Menschenrechte, auf die öffentliche Agenda kommt. Um dieses Ziel zu erreichen, kommentiert das SAPN, wie sich die Sozialgesetze für die verletzlichsten Gruppen auswirken und sorgt dafür, dass in den Medien über unbekannte lokale und regionale Situationen berichtet wird, die der Europäischen Sozialcharta und dem Internationalen Pakt über Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte widersprechen.

Das SAPN arbeitet an der Einrichtung eines Forums von Non-profit-Organisationen und wissenschaftlichen Fachleuten, um Erfahrungen, Informationen und bewährte Verfahren auszutauschen, aber auch, um eine kritische Haltung gegenüber nationalen Maßnahmen einzunehmen, die die Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen von Nizza (2001) im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung im Bereich soziale Eingliederung erreichen und Armut bekämpfen sollen.

Ivan Lesay
Slowakisches Netzwerk gegen Armut

Familie berechnet. Das Risiko, Mietrückstände aufzubauen, stieg beträchtlich. Einschränkungen bei der Berechtigung und gekürzte Sozialhilfebeiträge kamen inmitten einer Deregulierungsphase für Wasser, Energie und weiterer Preise in Zusammenhang mit Wohndienstleistungen.

Trotz des Wachstums der slowakischen Wirtschaft hat die Slowakische Republik weiterhin den höchsten Anteil an Langzeitarbeitslosen in der EU der 27 Mitgliedstaaten. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ausländische Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Möglichkeit, im Ausland Arbeit zu suchen, haben den Langzeitarbeitslosen bisher kaum Chancen gebracht. In einem Arbeitslosenhaushalt zu leben ist für eines von zehn Kindern in der Slowakischen Republik tägliche Realität: Dies ist die fünfthöchste Quote in der EU.

Laut EU-SILC-Daten aus dem Jahr 2005 hatten 12,4 % der Haushalte große Schwierigkeiten, und 2004 war es für 19,2 % der Haushalte in der Slowakischen Republik schwierig, über die Runden zu kommen. Alle Wohnkosten zu bezahlen ist z.B. für 38 % der slowakischen Haushalte eine große Last. Familien mit Kindern bilden 73 % der von Armut betroffenen Haushalte (EU der 25 Mitgliedstaaten: 58

%). Zwar gibt es Hilfsprogramme für von Armut betroffene Kinder, doch der jüngste Bericht über Arbeitslosenhaushalte mit Kindern nennt ernste Probleme. Kaum ein Viertel der Kinder kann außerschulische Aktivitäten und Sportvereine uneingeschränkt besuchen. Mehr als 40 % der Eltern gaben an, dass sie solche Ausgaben für ihre Kinder komplett streichen mussten.

Das Parteiprogramm der neuen sozialdemokratischen Regierung von 2006 erklärt, dass "die Ziele sozialer Zusammenhalt und Verbesserung der Lebensqualität für alle zusammen mit den Zielen Wirtschaftswachstum, Wirtschaftsleistung und Beschäftigungswachstum verfolgt werden müssen". Das Engagement für die Maastricht-Kriterien und für das Ziel, 2009 der Euro-Zone beizutreten, scheint jedoch viel mehr Unterstützung von Interessengruppen anzuziehen, als ein Engagement für die Sozialrechte der Menschen. Den benachteiligten Menschen fehlt weiterhin eine Stimme, die ihren eingeschränkten Zugang zu Sozialrechten auf die öffentliche Agenda setzt.

Zuzana Kusa
Slowakisches Netzwerk gegen Armut



Konferenz zu Obdachlosigkeit deckt auf, dass in den meisten slowakischen Städten grundlegende Dienste für Obdachlose fehlen

Die erste nationale Konferenz zu Obdachlosigkeit fand am 14. und 15. November im nordslowakischen Liptovský Ján statt und wurde von 90 Teilnehmenden aus 50 verschiedenen Organisationen (NRO, Gemeinderäte, Kirchen) sowie von Vertreterinnen und Vertretern aus 36 Städten und Dörfern besucht. Die Konferenz wurde aus dem Europäischen Sozialfonds und dem EQUAL-Programm finanziert.

Hauptorganisator war die gemeinnützige Organisation Proti prúdu (Gegen den Strom), die eines der Gründungsmitglieder des

slowakischen Netzwerks gegen Armut ist. Proti prúdu arbeitet seit 2001 mit Obdachlosen, und zwar hauptsächlich über die Erstellung und Verteilung der Straßenzeitung Nota Bene (zur Zeit in 19 Städten in der Slowakei).

An der Konferenz nahmen nicht nur Personen teil, die vor Ort mit Obdachlosen arbeiten, sondern auch offizielle Vertreter verschiedener Dachorganisationen und Forschungsinstitute. Einige Teilnehmende kannten Obdachlosigkeit aus eigener Erfahrung.

Die Konferenz bot ein Forum für das gegenseitige Kennenlernen und um voneinander zu lernen, um Erfahrungen auszutauschen und um sich von den Diskussionen der slowakischen und ausländischen Fachleute zu den Themen Sozialarbeit, lokale Sozialpolitik, Gesetzgebung, Wohnungspolitik usw. Anregungen zu holen.

Einen wichtigen Platz nahmen die Erfahrungen von Organisationen ein, die sich ganzheitlich um Obdachlose kümmern. Außerdem wurden beeindruckende Dokumentarfilme über die Arbeit verschiedener Gruppen gezeigt.



Die Diskussionen zeigten, dass die gängigsten Probleme, denen Sozialarbeiter und Anbieter von Obdachlosendiensten gegenüberstehen, die Unterfinanzierung, unangemessene Räumlichkeiten für Aktivitäten, eine schlechte Zusammenarbeit seitens der Entscheidungsträger und Schwachstellen in der Gesetzgebung sind.

Surf mal bei ...

www.eapn.org

Nachrichten aus dem Netz möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an team@eapn.skynet.be

Chefredakteur: Fintan Farrell

Verantwortliche für die Veröffentlichung: **Audrey Gueudet**

Dies führte zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe aus elf Organisationen, die zur Aufgabe hat, Kommentare und Vorschläge bezüglich des Gesetzentwurfs zu den Sozialdiensten zu erstellen, der, wenn er als Gesetz in Kraft tritt, große Auswirkung auf den Zugang zu Sozialdiensten und auf deren Aktionsbereich haben wird. Ein Ziel besteht darin, den Aufgabenbereich von Obdachlosendiensten von der Deckung von Grundbedürfnissen auf die Verbesserung der Lebensqualität und die soziale Eingliederung auszuweiten.

Die Teilnehmenden verabschiedeten auch eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihre Besorgnis über den Mangel an grundlegenden Sozialdiensten für Obdachlose in den meisten slowakischen Städten zum Ausdruck brachten.

Eine im Rahmen der Konferenz durchgeführte Untersuchung ergab, dass 80 % der teilnehmenden Städte nicht genügend Unterbringungsmöglichkeiten hatten, und fast die Hälfte der Teilnehmenden war der Meinung, dass ihre jeweilige Stadt nur ungenügend darauf vorbereitet ist, sich im kommenden Winter um die Obdachlosen zu kümmern.

Ivan Lesay
Slowakisches Netzwerk gegen Armut

EAPN, Square de Meeûs - B-1050 Brussels
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:
team@eapn.skynet.be - Website: www.eapn.org

Mit Unterstützung

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend